

27.11.2023

Mündliche Anfrage

für die 48. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 29. November 2023

Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz

32* Abgeordnete
Elisabeth Müller-Witt SPD

Das öffentliche Interesse an den jüngsten Fehlentscheidungen im Justizministerium nimmt nicht ab. Unter anderen geht es in der Berichterstattung weiterhin um die ursprünglichen Pläne des Justizministers, die CumEx-Abteilung H der Kölner Staatsanwaltschaft aufzuteilen, sowie die plötzliche Abkehr von diesen Plänen.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

In diesem Gesamtzusammenhang frage ich die Landesregierung insbesondere:

Wie ist der aktuelle Sachstand bei der CumEx-Abteilung (H) der Staatsanwaltschaft Köln?

*Fragen 32 und 33 aus der Fragestunde vom 25. Oktober 2023

Datum des Originals: 27.11.2023/Ausgegeben: 27.11.2023

Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz

33* Abgeordnete
Elisabeth Müller-Witt SPD

Das öffentliche Interesse an den jüngsten Fehlentscheidungen im Justizministerium nimmt nicht ab.

Unter anderen geht es in der Berichterstattung weiterhin um die zwei ergangenen Beschlüsse der Verwaltungsgerichte Münster und Düsseldorf im Zusammenhang mit der Besetzung der Präsidentschaftsstelle des Oberverwaltungsgerichts in Münster und das jeweils festgestellte rechtswidrige Verhalten des Justizministers.

In diesem Gesamtzusammenhang frage ich die Landesregierung insbesondere:

Wie ist der aktuelle Sachstand im Besetzungsverfahren der Präsidentschaftsstelle beim OVG Münster?

Geschäftsbereich der Staatskanzlei

34 Abgeordneter
Christian Dahm SPD

Das öffentliche Interesse an den Ungereimtheiten im Auswahlverfahren um das Amt der OVG-Präsidentschaft nimmt nicht ab. Zuletzt berichtete die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), dass der Justizminister persönlich mehrere Mitbewerber vom Aufrechterhalten ihrer Bewerbung abgeraten habe. Bevor die maßgebliche, aber unzulässige Überbeurteilung der favorisierten Kandidatin vorgelegen habe, so die Berichterstattung, habe Limbach bereits den Mitbewerbern offeriert, es gäbe eine „bessere“ Bewerberin. Ein Vorgang, der vom VG Münster als manipulativ eingestuft wurde.

Es stellt sich nach wie vor die Frage, welche Motivation der Minister der Justiz bei diesem Vorgehen hatte und ob er mit Wissen und Wollen des Ministerpräsidenten das Verfahren manipulierte.

In diesem Gesamtzusammenhang frage ich die Landesregierung insbesondere:

- 1. Welche Kenntnisse hatte der Ministerpräsident bezüglich des Besetzungsverfahrens der OVG-Präsidentenstelle?**
- 2. War der Ministerpräsident darüber informiert, dass der Justizminister mehrere Bewerber vom Aufrechterhalten ihrer Bewerbung abhalten wollte?**